

Rundschau

Objekttyp: **Group**

Zeitschrift: **Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur**

Band (Jahr): **42 (1962-1963)**

Heft 12

PDF erstellt am: **21.07.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

RUNDSCHAU

AMERIKAS SCHWIERIGKEITEN MIT SEINEN ALLIIERTEN

Auf der weltpolitischen Szene herrscht noch immer Ratlosigkeit um die *europäische Integration*, ausgelöst durch Präsident de Gaulles Veto gegen den Beitritt Großbritanniens zur EWG. Zwar sind Pläneschmiede am Werk; bilaterale Konsultationen werden gepflegt; die EFTA, der Großbritannien angehört, trat in Genf zu einer Ministertagung zusammen. In Bonn ist in den Reihen der CDU von einem «Vierstufenplan» die Rede, der über eine Assoziierung Großbritanniens mit dem Gemeinsamen Markt, eine anschließende Vollmitgliedschaft Englands, dann eine europäische politische Union schließlich zur neuen europäisch-amerikanischen Partnerschaft führen würde. Außenminister Schröder sieht Chancen in einer Wiederbelebung der Westeuropäischen Union. Die Bundesrepublik gibt das Endziel einer britischen Vollmitgliedschaft nicht auf. Von wirtschaftlicher Seite ist eine globale Assoziierung der EWG mit der EFTA propagiert worden. Der Plan für eine europäische Freihandelszone erhielt neuen Auftrieb. Dies alles ändert nichts daran, daß man nur sehr langsam aus der Besinnungspause herauskommt und allmählich gangbare Wege ausfindig macht, um das Werk des wirtschaftlichen und politischen Zusammenschlusses Westeuropas weiterzuführen.

Zwei Konzeptionen Europas

Der Schiffbruch von Brüssel demonstrierte vor aller Welt, daß es nicht um eine Liste von Positionen und Präferenzen ging, für die nur Wirtschaftsexperten zuständig sind, sondern um die Konfrontation von zwei gegensätzlichen politischen Konzeptionen der Rolle Europas in der heutigen Welt. Mit Großbritannien sahen vor allem die Benelux-Staaten — der belgische Außenminister

Spaak mag etwa als deren Sprecher gelten — die europäische Integration immer geöffnet zum Atlantik hin, und zwar als Teilstück einer wahren *atlantischen Gemeinschaft*. Die Partnerschaft mit den USA, die nach dem Zweiten Weltkrieg im Marshallplan den Wiederaufbau Europas ermöglicht hatten und mit denen Europa in der gemeinsamen Verteidigung der NATO zusammenarbeitet, soll auch für den wirtschaftlichen Zusammenschluß vorbildlich sein.

Europa nach dem Leitbilde de Gaulles jedoch muß als eine *dritte Kraft* zwischen Amerika und der Sowjetunion aufgebaut werden, übergänzt von der Größe abendländischer Tradition, abgesetzt von den «insularmaritimen» Angelsachsen. In der Konzeption des französischen Präsidenten spielt die Überlegung eine Rolle, daß die beiden Supermächte Amerika und Sowjetunion wegen ihres atomaren Patts, ja des gesamten Gleichgewichts der Streitkräfte zu gegenseitigen Absprachen versucht sein könnten, und zwar auf Kosten Europas und anderer Zwischenzonen. Eines Tages könnte es zu einem amerikanischen Disengagement kommen. Bereits werden Versionen verbreitet, wonach nicht nur der Berliner Mauer, sondern auch der Regelung des Kubakonflikts bilaterale Arrangements zwischen dem Kreml und dem Weißen Haus zugrunde lägen. Eine wirtschaftliche, politische und strategische Stärkung Westeuropas, und zwar unabhängig von den USA, könne darum einzig vor den Gefahren eines solchen Bilateralismus schützen.

De Gaulles Aktionsfreiheit

De Gaulle ließ sich nach der Liquidierung des Algerienkrieges und nach der Zerschlagung des OAS-Terrors in den Wahlen des letzten Herbstes die innenpolitische Stabilität in seinem Sinne untermauern. Die tradi-

tionellen Parteien wurden ausmanövriert; Diskussionen und Anklagen der Opposition können nichts am Kurs des einsamen Präsidenten im Elysée ändern. Die Wirtschaftskonjunktur trägt zur Konsolidierung seiner Macht bei. Walter Schütze hat im «Europa-Archiv» diese innenpolitische Entwicklung seit den Abkommen von Evian aufgezeichnet (vgl. Folge 1, 1963, S. 13—21).

De Gaulle führt so ungestört von innenpolitischen Rücksichten seine Europapolitik. Er offerierte Dänemark die Aufnahme in die EWG, als ob er der alleinige Wortführer der Gemeinschaft sei. Er läßt französische Truppen von Trier nach Bayern verlegen, um in Bonn mit diesen und anderen Aufmerksamkeiten gute Stimmung zu machen. Bestimmt verfügt er noch über weitere Mittel, um das Kontinentaleuropa in seinem Geiste zu bauen und atlantischen Einwirkungen fernzuhalten. Mit de Gaulles «Grand Dessein» soll in Westeuropa Kennedys «Grand Design» aus dem Felde geschlagen werden, und auch Großbritannien als Trojanisches Pferd der Strategen Washingtons hat keine Chancen...

Bonns heikle Position

Bonns Position in der Integrationspolitik wurde erschwert durch die Unterzeichnung des *deutsch-französischen Vertrages* am 22. Januar, also wenige Tage bevor in Brüssel die Verhandlungen endgültig zusammenbrachen. Auf all die Fragen, wie weit sich Adenauer damit auf die Seite de Gaulles geschlagen habe, gab die Regierungserklärung des Bundeskanzlers vom 5. 2. die Antwort: die Zusammenarbeit mit Washington bewahre weiterhin ihre zentrale Stelle. Doch manches Problem ist nicht gelöst: Wie weit soll nach dem Wortlaut des deutsch-französischen Vertrages die militärische Zusammenarbeit gehen, die ja eigentlich in die NATO eingebaut werden müßte? Wäre Bonn wirklich bereit, sich um der deutsch-französischen Versöhnung willen am Abenteuer von de Gaulles «Kontinentalsperre» gegen England — und darüber hinaus vor allem gegen die USA — zu beteiligen?

In «Christ und Welt» hat Giselher Wirsing eine andere historische Parallele gefunden: Wie Reichskanzler *Caprivi* einst durch die Kündigung des Rückversicherungsvertrages mit Rußland aus Rücksicht auf Österreich das ganze deutsche Bündnissystem ins Wanken brachte, so setze Adenauer heute mit dem deutsch-französischen Vertrag das grundlegende Vertrauensverhältnis zu Washington aufs Spiel (Nr. 7, 15. 2. 63). Historische Parallelen sind anregend, meist ebenso zutreffend wie irreführend. Dasselbe gilt für Gleichungen wie jene vom unbequemen Partner, wonach de Gaulle für Kennedy das sei, was Mao für Chruschtschew. Im vorliegenden Falle mag uns die historische Analogie darüber belehren, daß man auch bei der Vermeidung der Alternative Washington-Paris doch zu weittragenden Entscheidungen gezwungen werden könnte, besonders wenn in Paris ein so zielstrebig und hartnäckiger Partner wie de Gaulle sitzt. In Washington freilich hofft man auf Bonn und gibt den Anhängern der atlantischen Orientierung in allen Parteien eine größere Chance als den Befürwortern des kontinentalen Sonderbundes.

Sorgen Washingtons

In Washington wird man sich in diesen Wochen wieder bekümmert sagen, daß oft besser mit Feinden als mit Freunden ein Auskommen zu finden sei. Trotz Ärger und Sorgen gibt man sich freilich gelassen und übt zugleich eine Rollenverteilung zwischen Weißem Haus und Staatsdepartement: der Stab des Präsidenten kritisiert scharf, ist ungehalten über mangelnde Bündnistreue und eigenwillige Extratouren, während sich das Staatsdepartement verbindlicher gibt und Zuversicht äußert.

Ein Musterbeispiel für das schwierige Verhältnis zu Alliierten gab die Kontroverse mit dem kanadischen Premierminister *Diefenbaker*, der nun zurückgetreten ist. Ein scharfes Memorandum des Staatsdepartements, in dem der kanadische Widerstand gegen die Ausrüstung mit amerikanischen Atomsprengköpfen kritisiert wurde, löste eine Ge-

genattacke Diefenbakers aus. In der Vertrauensabstimmung im kanadischen Parlament unterlag der konservative Regierungschef, und für die Neuwahlen erhoffen die Liberalen unter Anführung Lester Pearsons nun eine Rückkehr an die Macht. Bei den Kanadiern, als unmittelbaren Nachbarn der USA, spielen Regungen des «Antiamerikanismus», geschürt durch eine aktive «Ban-the-Bomb»-Bewegung eine große Rolle. Der Zwiespalt echte Partnerschaft-Abhängigkeit vom mächtigen Nachbarn schafft eine ähnliche Zwischenlage, wie sie in Europa im heutigen Malaise der Integration sichtbar wird.

Kassem's Ende in Bagdad

Anfang Februar ist General *Abdel Karim Kassem* nach dem Gesetz, nach dem er angetreten, wieder von der politischen Bühne verschwunden: 4 $\frac{1}{2}$ Jahre nach Revolution und Ermordung der Königsfamilie bombardierten am 8. Februar Rebellen das Verteidigungsministerium, von dem aus der Diktator wie aus einer Festung das Land beherrschte; nach Kämpfen, welche die Nacht über andauerten, ergab sich Kassem und wurde zusammen mit seinen engsten Mitarbeitern erschossen. Die grausame Brutalität um Aufstieg und Ende Kassem's kennzeichnete auch seine Regierungszeit: Attentate lösten sich ab; ein nationalistischer Aufstand in Mossul wurde blutig niedergeschlagen, bald darauf eine prokommunistische Revolte in Kirkuk. Die Ansprüche auf das Scheichtum Kuweit sollten die nationalen Kräfte wieder einigen; Irak geriet aber in Gegensatz zu den übrigen arabischen Staaten und mußte nach den militärischen Bereitschaftsmaßnahmen Großbritanniens eine Prestigeeinbuße einstecken. Immer stärker griff der hartnäckige Aufstand der Kurden um sich, den der Diktator nicht mehr einzudämmen vermochte.

Der neue Herrscher in Bagdad, Oberst — und heute bereits Marschall — *Abdel Aref* war als Vertrauter Kassem's führend an der Revolution von 1958 beteiligt. Später wurde er von Kassem's Regime zum Tode verurteilt, jedoch begnadigt und freigelassen. Er

gilt als Anführer des nationalistischen Flügels und soll auf ein gutes Einvernehmen mit Nasser dringen, ohne daß von einem Anschluß an die Vereinigte Arabische Republik die Rede ist. Auch die Baath-Partei ist in dem militärischen Revolutionsrat vertreten; sie befürwortet einen arabischen Zusammenschluß, auf Grund gleichberechtigter Partnerschaft. Allmählich bestätigen Berichte, daß die Kommunisten, die Kassem in kritischen Momenten immer wieder gegen die Nationalisten ausspielte, in den letzten Wochen beträchtlich an Terrain gewonnen hatten, was offenbar Aref zu beschleunigtem Losschlagen bewog. Während schon die Revolte im Gange war, versuchten sie noch die Sache Kassem's zu retten und fielen darum den Anhängern Aref's zum Opfer.

Wie wird sich die zweite Revolution von Bagdad auf das *Kräftepiel im Mittleren Osten* auswirken? Es steht noch immer im Zeichen der Auseinandersetzung zwischen konservativen Königreichen wie Saudiarabien und Jordanien einerseits und republikanisch-diktatorischen Regimen, die den Fortschritt auf ihre Fahnen geschrieben haben, anderseits. Die Kämpfe in Jemen waren der Beginn eines arabischen Bürgerkrieges zwischen diesen beiden Lagern. Bringt der arabische Umsturz nun den «progressiven» Kräften und damit Nasser, der in diesem Lager die Führung beansprucht, einen Machtzuwachs und damit Saudiarabien und Kuweit eine neue Bedrohung? Syrien, das sich aus der Union mit Ägypten gelöst hat, wandte sich bereits mit dem Angebot einer Föderation an Bagdad. Die Figuren des mittelöstlichen Spiels ordnen sich neu. Für die neuen Machthaber in Bagdad wird es zunächst darum gehen, sich mit den Kurden im Norden des Landes zu verständigen und eine Atmosphäre des Vertrauens zu schaffen, eine Voraussetzung für die wirtschaftliche und politische Normalisierung im Lande. Die eilige, ja übereilige diplomatische Anerkennung durch Regierungen des Westens wie des kommunistischen Ostens sind Vor-schußlorbeeren, die dabei von Nutzen sein mögen.

Picus

Das Schisma im Weltkommunismus, das auf den Parteitag der osteuropäischen KPs zu bitteren Auseinandersetzungen zwischen sowjetgläubigen und prochinesischen Kräften geführt hat, ist auch in Nordeuropa nicht unerörtert geblieben.

Es lohnt sich, auf die Haltung der nordischen kommunistischen Parteien einzugehen, da es sich um Gruppen handelt, die eine Sonderstellung einnehmen. Diese KPs sind nämlich nicht ohne weiteres nach dem Schema Massenpartei-Kaderpartei aufzuteilen: schon aus Gründen der Bevölkerungsdichte kann nördlich Flensburg nicht von kommunistischen Massenbewegungen gesprochen werden; der Begriff «Kaderpartei» setzt aber eine ideologisch-politische Qualität der Anhängerschaft voraus, wie sie in Skandinavien ebenfalls nicht vorhanden zu sein scheint. Daneben wird die Stellung der Kommunisten durch die sozialistische Politik der nord-europäischen Regierungen ungemein erschwert.

So sind die nordischen Ost-Anbeter schon immer eine von ideologischen Wirren heimgesuchte «quantité négligeable» gewesen, die sich durch das verschärfende Schisma einer zusätzlichen Belastung ausgesetzt sieht. Kein Wunder, daß sich die Parteiführer dieser auf unverbindlich-unbemerkte Art zu entziehen und ihren Wirkungsbereich davon freizuhalten suchen.

Eine Ausnahme bildet das nicht zu Skandinavien zählende Island. Ende November 1962 hielten die isländischen Kommunisten einen Parteitag ab, der aus zwei Gründen erwähnenswert ist. Einmal hat die isländische Partei einen gewissen Wählerzugang. Die sich aus der einseitigen Wirtschaftsstruktur einer abgelegenen Insel ergebende schwierige ökonomische Lage dürfte hierfür den Hauptgrund bilden. Außerdem ist die «Sozialistische Einheitspartei» genannte KP schon vor geraumer Zeit eine taktische Wahlgemeinschaft mit anderen linksgerichteten Kräften eingegangen und hat es erreicht, 10 Abgeordnete in das von 60 Volksvertretern besetzte Allting (Parlament) zu entsenden.

Sodann benützte die Parteileitung den November-Kongreß zu einer großangelegten Säuberung, der die meisten Stalinisten — das heißt die tatsächlichen oder potentiellen China-Anhänger — zum Opfer fielen. Von 33 Mitgliedern des Zentralkomitees wurden 13 abgesägt, darunter die Spitzenfunktionäre Brynjolfur Bjarnason (ehemaliger Obmann im ZK), Eggert Thorbjarnarson (Parteitheoretiker) und Kristinn Andrússon (Leiter des Propaganda-Apparates). Der langjährige Parteiführer Einar Olgeirsson, dessen Sympathien zwischen Moskau und Peking schwanken dürften, wurde zwar einstweilen im Amt bestätigt, doch scheint seine Hausmacht weit geringer als vorher, während Olgeirssons Widersacher, der ehemalige Minister für das Fischereiwesen, Ludwig Josefsson, von Beobachtern als neuer starker Mann bezeichnet wird¹. Somit hat auf Island die innen- und weltpolitische Chruschtschew-Linie gesiegt.

Die Leiter der kommunistischen Parteien in den vier skandinavischen Ländern (Dänemark, Finnland, Norwegen und Schweden) sind in den letzten Jahren öfters zusammengekommen, um bei besonders wichtigen Anlässen gemeinsame politische Erklärungen abzugeben oder gesamt-skandinavische taktische Maßnahmen für die Tätigkeit der Linksextremisten auszuarbeiten. Nach Abschluß der für die dramatische Entwicklung der weltkommunistischen Spaltung bedeutsamen Parteikongresse in Prag und Rom, beriefen die skandinavischen KP-Führer Mitte Dezember 1962 eine gemeinsame Tagung nach Stockholm ein.

Das Sitzungskommuniqué fiel indes recht mager aus². In der Erklärung wurde sorgsam vermieden, auf das Schisma überhaupt einzugehen, auf das Schisma überhaupt einzugehen und Albanien oder gar China beim Namen zu nennen. Nur zwei tagespolitische Fragen wurden expressis verbis hervorgehoben: die Sowjetpolitik auf Kuba und der Krieg im Himalaja. Im übrigen begnügte man sich mit Floskeln zur Abrüstung und zur Errichtung von «Friedenszonen» und

mit Anklagen gegen die NATO und die EWG.

Erst in der Folgezeit — wahrscheinlich unter dem Druck des sich verstärkenden Pressekrieges zwischen Moskau und Peking — wurde in den kommunistischen Parteiorganen auf das Schisma erneut eingegangen und in Artikeln und Aufrufen Stellung dazu genommen.

In einer Erklärung der finnischen KP zu Jahresbeginn haben die Kommunisten eindeutig für Moskau Partei ergriffen und vor allem ihren Konformismus in der Kuba- und Indienfrage und in der Haltung zu Tirana an den Tag gelegt³. — Diese Stellungnahme der Finnen überrascht nicht. Obwohl die Leitung der Partei immer noch in den Händen bekannter Stalinisten liegt, wäre unter den gegebenen Machtverhältnissen eine kommunistisch-parteiamtliche Opposition zum Kreml ganz und gar widersinnig: die Bedeutung der finnischen KP ergibt sich ja vor allem aus der heiklen außenpolitischen Lage der unfreiwillig neutralen finnischen Demokratie und nicht etwa aus der zahlenmäßigen Stärke der Partei und ihrem Rückhalt in der Bevölkerung.

Die Kommunistische Partei Schwedens ist eine bedeutungslose Sekte, die schon öfters in ideologische Irrungen geriet und gern den wilden Revolutionär spielt. Ihr Obmann Hilding Hagberg scheint indes ein Fürsprecher des Ausgleichs zu sein; angeblich wollte er schon im Januar 1962 als Mittler zwischen Moskau und Peking auftreten. Wie aus Parteikreisen zu hören war, blieb Hagbergs Initiative erfolglos, da die beiden kommunistischen Großmächte den schwedischen Antrag zwar begrüßten, im übrigen aber gleichwohl vergaßen⁴. Im Stockholmer Kommunistenorgan «Ny Dag» wurde immerhin versucht, die Mittlerstellung aufrechtzuerhalten, indem die Parteileitung an die Streitenden appellierte, den «Diskussionston» zu mildern und den Zwist auf sachlicher Ebene zu halten⁵.

In einer recht mißlichen Lage befinden sich die dänischen Kommunisten. Noch 1958 entfernten sie aus der Parteiführung den Spitzenfunktionär Aksel Larsen als Vertreter einer These, die heute in gewissem Maße von Moskau selbst vertreten wird — nämlich die

vom «eigenen Weg zum Sozialismus». (Wie konfus wird erst das Bild, wenn man sich vergegenwärtigt, daß der Kreml im Mai 1962 sehr scharf gegen Larsens «Revisionismus» vom Leder gezogen hat⁶!) In der Stellungnahme der dänischen KP auf das weltkommunistische Schisma sucht man denn auch vergeblich nach einer Entscheidung für «Revisionismus» oder Stalinismus. So müßte zum Beispiel eine projugoslawische Stellungnahme logischerweise zum Burgfrieden mit den Abtrünnigen führen, der inzwischen immerhin vermocht hat, den Kommunisten nach Gründung einer eigenen «revisionistischen» Partei («Sozialistische Volkspartei») die meisten Wähler abspenstig zu machen. Im übrigen geizen die Funktionäre in Kopenhagen allerdings nicht mit Angriffen auf China, vor allem in einer Stellungnahme des dänischen KP-Sekretärs und Theoretikers Ib Nörlund, die zu Weihnachten 1962 den vorläufigen Schlußpunkt hinter alle parteiinternen Debatten setzt⁷. Nachdem es im Dezember zur Zuspitzung des östlichen Glaubenskrieges gekommen war, vertagten die dänischen Kommunistenführer sogar einen China-Besuch, der mit den bisherigen Parteifreunden in Peking schon fest verabredet worden war⁸.

Weit unvorsichtiger verfahren die norwegischen Genossen. Im Spätherbst 1962, mitten im blockpolitischen Schlagwetter, besuchte der «grand old man» der norwegischen KP, Emil Lövlén, als Leiter einer Parteidelegation Peking. Finnische Zeitungen wissen zu berichten, daß es auf der erwähnten Tagung der nordeuropäischen Kommunisten zu Zusammenstößen zwischen der finnischen und der norwegischen Delegation gekommen ist⁹. Auch das Parteiorgan in Helsinki, *Kansan Uutiset*, griff die Osloer Apparatschiki in diesem Zusammenhang an¹⁰.

Emil Lövlén, der nach dem XXII. Parteikongreß der sowjetischen Kommunisten in seiner Zeitung bezeichnenderweise gegen die Umbenennung Stalingrads Verwahrung eingelegt hatte, scheint nicht der einzige «gelbe» Norweger zu sein. Anders wäre nicht zu verstehen, daß das ZK NKP in Oslo bei Jahresbeginn einstimmig eine Re-

solution angenommen hat, in der weder Albanien noch China genannt und die beiden streitenden Riesen durch unverpflichtende Gemeinplätze im Partei-Jargon einander mehr oder weniger gleichgestellt werden¹¹. Dadurch droht allerdings Skandinavien kaum eine «gelbe Invasion». Die norwegische KP ist die schwächste aller nordischen Extremistengruppen, eine am Rande des politischen Geschehens dahinvegetierende Schar von Esoterikern, die nicht imstande sind, einen einzigen Repräsentanten in das von 150 Par-

lamentariern gebildete Storting zu entsenden.

Robert F. Lamberg

¹Aftenposten, Oslo, 15. 12. 1962; New York Times, 6. 12. 1962. ²Wiedergabe in Friheten, Oslo, 18. 12. 1962. ³Telegrammbüro FNB, Helsinki, 7. 1. 1963. ⁴Vgl. unter anderm Stockholms Tidningen, 22. 12. 1962. ⁵28. 12. 1962. ⁶Pravda, 12. 5. 1962. ⁷Land og Folk, Kopenhagen, 23. 12. 1962. ⁸Aftenposten, 22. 12. 1962. ⁹Zum Beispiel Ilta Sanomat, Helsinki, 21. 12. 1962. ¹⁰21. 12. 1962. ¹¹Friheten, 8. 1. 1963.

ARABISCHE ZEITSCHRIFTEN- UND ZEITUNGSSCHAU

Im nachfolgenden Bericht konnten die nach der Ermordung Kassems erschienenen Pressemeldungen nicht mehr berücksichtigt werden. Die Redaktion

Die dritte Revolution im Jemen

Auf dem revolutionären Schauplatz des Jemen wechseln Szenen und Szenerie so rasch, daß selbst Tagespublizistik und Rundfunk der arabischen Staaten mit der Entwicklung nicht immer Schritt halten können. Gerade deshalb verdient ein Bericht des ägyptischen Journalisten Djamal Hamdi in der Kairoer Zeitschrift *Rosel youssef* (29. 10. 1962) Beachtung, weil er übersichtlich die weit zurückreichende Vorgeschichte, die drei revolutionären Phasen, vor allem aber die in Bagdad oder Kairo erzogenen und herangebildeten Führungsgruppen kennzeichnet, die im Jemen den Umsturz vollzogen:

Im Jahre 1936 begab sich aus dem Jemen je eine Studentenabordnung zur Fortbildung nach Bagdad und nach Kairo. Im Irak besuchten die beiden jemenitischen Studenten ath-Thalaya und Abdallah as-Sallal die Militärakademie. Ihr dortiger Lehrer, Djamal Djamil, begleitete seine beiden jungen Absolventen und Freunde in deren Heimat und erfreute sich in der jemenitischen Armee sehr bald großen Ansehens.

Djamil unternahm 1948 den ersten Umsturzversuch gegen den Imam *Yahya*. Die

Gruppe der Aufständischen tötete zwar den Imam Yahya, wünschte jedoch, das Imamatum aufrechtzuerhalten. Der Sohn des ermordeten Imams, *Ahmed*, stellte sich gegen die Revolutionäre. Ahmed verschanzte sich in Taiz (Nord-Jemen), sammelte Stammeskrieger um sich und besiegte die Rebellen. Ahmed ließ Djamal Djamil und einige Mitverschworene hinrichten, andere — darunter Abdallah as-Sallal — wurden ins Gefängnis geworfen. Dagegen entging Sallals Jugendfreund, ath-Thalaya, dem Strafgericht und wurde sehr bald zum Befehlshaber der Leibgarde des neuen Imams Ahmed ernannt.

Im Jahre 1955 erfolgte der zweite Aufstand gegen den Imam Ahmed. Führer der Rebellion war ath-Thalaya, dem der Bruder des Imams, Hamidaddin, Unterstützung zugesagt hatte. Doch waren die Verschwörer von Anfang an unschlüssig, ob sie Imam Ahmed umbringen sollten oder nicht. Wohl zwang ein Handstreich den regierenden Imam zur Erklärung des Thronverzichtes. Insgeheim aber ließ Ahmed gleichzeitig auf den Flachdächern einiger Paläste Signalf Feuer anzünden. Die Bewohner anderer Häuser und Siedlungen wurden durch diese Signale zur Annahme verführt, Ahmed habe die Rebellen besiegt. Mitverschworene Stammesführer versagten hierauf der Revolutionsgruppe die Gefolgschaft. Artillerie griff gegen die Rebellen ein. Der besiegte ath-Thalaya mußte

das Haupt in den Sand legen und wurde geköpft.

Von der zweiten jemenitischen Studentenabordnung, die bis 1948 Aufenthalt im Libanon nahm, trennten sich zehn junge Männer und setzten ihre Studien in Kairo fort. Die jungen Jemeniten erhielten freie Studienplätze an der ägyptischen Militärakademie, kehrten 1953 als Offiziere heim, um ebenfalls die Revolution vorzubereiten. Zu diesen Absolventen der Kairoer Militärakademie zählte zum Beispiel Muhammed Qaid Saif; er beteiligte sich 1955 aktiv an ath-Thalayas Aufstandsversuch, konnte nach der Niederlage nach Aden flüchten und ist heute Mitglied des revolutionären Nationalausschusses.

Auch einige andere, in Kairo ausgebildete Offiziere des Imamats entgingen 1955 nur wie durch ein Wunder der Rache Ahmeds: der heutige revolutionäre Innenminister Abdallatif Daifallah blieb damals, dank seiner Geschicklichkeit, außer Verdacht und gehörte am 27. September 1962 zu den Panzeroffizieren, die den entscheidenden Angriff auf den Palast des Imams befehligten. Ein weiteres Mitglied des Revolutionsausschusses und Chef des militärischen Führungsstabes, Abdallah Djuzailan, gewann sogar das besondere Vertrauen des Imams Ahmed. Djuzailan führte den Panzerangriff und leitete den Artilleriebeschuß gegen den Palast im Zuge der dritten, siegreichen Revolution vom 27. September 1962.

Der Führer der dritten Revolution, Abdallah as-Sallal, verbrachte nach dem mißglückten Putschversuch des Jahres 1948 einige Zeit im Gefängnis. Doch verstand es schließlich auch as-Sallal, das Vertrauen des Imams Muhammed ben Ahmed zurückzugewinnen und sich mit seinen Führungsqualitäten bei Ahmed allmählich unentbehrlich zu machen. Allerdings beließ ihn der Imam stets nur kurze Zeit auf einem Posten, um as-Sallal die Gewinnung persönlicher Freunde und Anhänger zu verunmöglichen. So fungierte Abdallah as-Sallal nacheinander als Direktor der Militärakademie, Hafenkommandant von Hudaida, Chef des Militärflughafens, um schließlich zum Oberbefehlshaber der Armee des Imamats ernannt zu werden. Tatsächlich

hatten erst die ständigen Versetzungen as-Sallals die Bildung einer schlagkräftigen Fronde gegen Ahmed gestattet. Im übrigen beleuchtet eine Reportage von Ali Djamaladdin in der ägyptischen Zeitschrift *bina al-Watan* (Aufbau der Heimat) vom 1. 11. 1962 einige persönliche Beweggründe, die as-Sallals langes Zuwarten und sein blitzschnelles, gnadenloses Handeln bestimmten: während as-Sallals Haftzeit starben nacheinander Mutter, Gattin und Tochter des Revolutionärs — angeblich an den Folgen von Mißhandlungen, Arrest und Hunger.

Ägypten und die Revolution im arabischen Osten

Die Kairoer Tageszeitung *Akbbār al yaum* (Tagesnachricht) analysierte am 18. Januar 1963 die Gesamtlage im arabischen Orient und erklärte unter anderem, die arabische Nation sei siegesgewiß und kenne die Feinde des arabischen Nationalismus, die als Helfershelfer des Imperialismus wünschten, daß die Staaten Arabiens für immer zur Schwäche und Ohnmacht verdammt blieben. Indessen wackelten die Kronen der arabischen Könige und die Position Kassemes «schon aus Angst vor der Selbstgewißheit der arabischen Nation».

«Warum kämpfen wir im Jemen?» fragt der Mitarbeiter der ägyptischen Zeitschrift *Rosel youssef*, Fathi Ganem (12. 11. 62). Seine Antwort lautet, daß Reaktion, Ausbeutung, Imperialismus, Diktatur und Terror gegen den Jemen angetreten seien. Die Vereinigte Arabische Republik (VAR) kämpfe im Jemen, weil sonst die Errungenschaften der Revolution in der VAR selbst bedroht seien. Anläßlich der Einweihung des Assuan-Dammes, am 9. Januar 1963, erklärte Nasser laut Presseberichten: «Wir haben die Revolution im Jemen nicht etwa aus bloßer Gefälligkeit unterstützt, wir erfüllten damit vielmehr eine Pflicht, die das gemeinsame Los der arabischen Nation erfordert.» Es folgte eine ätzende Polemik gegen Saudi-Arabien. Ägyptens Staatschef versicherte sodann, die VAR werde «die Revolution im Jemen mit allen Mitteln weiterhin unterstützen».

Abwägend, aber insgesamt positiv zur Revolution im Jemen und zu ihrer Unterstützung durch Nasser stellte sich die Bagdader Nachrichtenpolitik bereits vor dem Umsturz im Irak vom 8. Februar 1963. So berichtet die irakische Tageszeitung *al-Akbbar* (Die Nachricht) am 20. 1. 1963 ausführlich über die Besprechungen des jemenitischen Außenministers Abdar Rahman al-Baidani und des Verteidigungsministers Abdallah Djuzailan in Kairo. Im Zuge seiner Konferenz mit dem Generalsekretär des Panislamischen Kongresses, Anwar as-Sadat, habe Dr. al-Baidani unter anderm erklärt: «Die amerikanische Flotte, die in der Nähe saudiarabischer Häfen vor Anker gegangen ist, ängstigt die jemenitische Regierung nicht, noch bedeutet sie zur Zeit eine Bedrohung der jemenitischen Revolution.» Al-Baidani fügte hinzu, es gebe erforderlichenfalls andere, ebenso starke Streitkräfte, die sich auf die Seite der jemenitischen Revolution stellen würden, sofern sich der Jemen durch militärische Bewegungen der Amerikaner bedroht fühlen sollte.

Der Umsturzversuch in Syrien

Am 16. Januar 1963 nahm die in Kairo erscheinende Tageszeitung *al-Akbbar* (Die Nachricht) Stellung zum Revolutionsversuch in Damaskus. Die Führer der bewaffneten Fronde, Abdalkarem an-Nahlawi, Muhib Hindi, Faiz Rifai und Fakhri Omar hätten folgende Forderungen erhoben: 1. Die Beschlüsse von Hims müssen die Politik Syriens bestimmen; 2. Akram al-Haurani, Präsident der Baath-Partei, muß aus der aktiven Politik ausscheiden, die Baath-Partei selbst ist aufzulösen; 3. Die KP Syriens ist aufzulösen; 4. Das Regierungskabinett und der Oberste Leitungsausschuß werden abgesetzt; 5. Der militärische Oberbefehlshaber Syriens, Abdakarim Zahraddin, wird abgesetzt; 6. Die Rückkehr des KP-Führers Khalid Bagdasch ist abzulehnen; 7. Sämtliche Kommunisten müssen aus der Armee ausgeschlossen werden.

Über den Anführer des mißglückten Aufstandsversuches vermerkte das ägyptische

Blatt weiter, Abdalkarim an-Nahlawi habe bereits im März 1962 den damaligen Putschversuch geleitet, sei dann zu einem längeren Aufenthalt in die Schweiz gereist und erst kurz vor dem 15. Januar 1963 nach Damaskus heimgekehrt. Nun verhandle an-Nahlawi mit der syrischen Regierung über die Forderungen der Armee.

Bereits am nächsten Tage, dem 17. 1. 1963, teilt die in Bagdad erscheinende Tageszeitung *al-Akbbar* eine Erklärung des syrischen Außenministers mit, die Offiziere Abdakarim an-Nahlawi, Wahib Hindi, Faiz ar-Rifai und Fakhri Omar hätten bereits am 16. 1. Syrien verlassen, um Posten an auswärtigen syrischen Botschaften anzutreten.

Die Presse des Libanon polemisiert in scharfer Weise gegen die syrische Regierungspolitik. So meldete zum Beispiel *al-Hurriya* (Freiheit, antibaathistisch) am 14. 1. 1963, der syrische Scheich Mandin Ibn Musina unternehme in der Wüste Syriens Reisen, um Beduinen mit saudiarabischen Geldern zum Kampf gegen den revolutionären Jemen zu werben. Die syrische Regierung habe genaue Kenntnis von dieser Aktion, habe aber ein Auge zugeedrückt. Inzwischen sei bekannt geworden, daß bereits viele Dörfer, wie ar-Rutaimi, al-Gaida und Sauab förmlich geleert wurden, weil deren Männer saudische Gelder genommen hätten und bereits ins Feld gerückt seien.

Das Beirut Abendblatt *al-Masa* griff am 19. 1. 1963 Syriens Regierung an, weil die syrische Staatsführung alle Meldungen über Unruhen und den Aufstandsversuch dementiert und erklärt habe, es bestünden für Syrien keinerlei Probleme der internen Politik. Noch schärfer lautete die Beschuldigung der Beirut Tageszeitung *al-Anwar* am 19. 1. 1963: Das Regime in Damaskus argwöhne, daß die Revolte im Januar 1963 vornehmlich durch Palästina-Flüchtlinge und Jordanier entfacht worden sei. Diese Auführer hätten richtig gehandelt, weil das Regime von Damaskus auf Lüge und Betrug aufgebaut sei. (Der Hinweis des libanesischen Organs auf die Jordanier bezieht sich auf mehrfache arabische Radiomeldungen, denen zufolge Bomber der VAR gegen Monatsmitte Januar 1963 in Nadschran [unweit von Riad] ein

jordanisches Detachement angegriffen haben, das auf Seiten des neuen Imams El Badr gegen das Revolutionsheer des Jemen eingesetzt war. Rund vierhundert jordanische Soldaten seien dabei getötet worden. *Der Übersetzer.*)

Die Revolution im arabischen Westen (Maghreb)

Über eine Geheimkonferenz zwischen dem marokkanischen Außenminister, Ahmed Belafriidj, und dem Außenminister Tunesiens, Mundji Slim, in Rom berichtet das libanesisches Tagesorgan *al-Hurriya* am 14. 1. 1963. Der Sieg der algerischen Revolution, kommentiert das Blatt, habe die außenpolitische Konstellation in Nordafrika wesentlich verändert. Bis zur Erlangung der vollen Souveränität durch Algerien habe zwischen Marokko und Tunis Zwietracht geherrscht, weil beide Länder den Führungsanspruch auf den Maghreb erhoben. Die jüngsten Wochen und der Anschlag auf Tunesiens Präsidenten Bourguiba haben das marokkanisch-tunesische Treffen in Rom bewirkt, weil nun beide Staatsoberhäupter gegen die algerische Revolutionsregierung gemeinsam Front beziehen wollten.

Die ägyptische Zeitung *al-Ahram* (Die Pyramide) veröffentlichte am 20. 1. 1963 eine Stellungnahme des Generalsekretärs des Politbüros der Algerischen Befreiungsfront FLN, Muhammed Khaider, zu den tunesischen Beschuldigungen, wonach das Attentat gegen Bourguiba in Tunis mit Wissen Ben Bellas vorbereitet und ausgeführt worden sei. Khaider dementierte jedwede algerische Beihilfe an der Verschwörung gegen Bourguiba, «denn Algerien hat seine eigenen Probleme, die die Probleme der gesamten arabischen Welt übertreffen». Die algerische Tageszeitung *ash-Shaab* (Das Volk) gab ein persönliches Interview des Präsidenten Ben Bella für die spanische Presseagentur in Algier wieder (24. 1. 1963). Darin erklärte Ben Bella, er habe von einem Anschlag gegen Bourguiba überhaupt nichts gewußt; es läge nicht in seiner Absicht, sich in Angelegenheiten des tunesischen Volkes einzumischen oder Ratschläge zu erteilen. Überdies läge der Mord nicht in seiner Natur.

Im Zeichen verschärfter Spannungen Tunis-Algier berichtet das ägyptische Tagesorgan *al-Djumburiya* (Die Republik) am 22. 1. 1963, Tunesiens Regierung habe für sämtliche algerischen Einreisen den Visumszwang eingeführt. Der offizielle tunesische Sprecher teilte ferner mit, Tunesien habe nicht generell gefordert, daß Algier tunesische Flüchtlinge auf seinem Staatsterritorium samt und sonders an Tunis ausliefere. Wohl aber habe Tunesiens Regierung von Algeriens Regierung verlangt, daß der inzwischen zum Tode verurteilte Attentäter al-Mestiri ibn Said an Tunesien ausgeliefert werde.

Zu arabischen Pressemeldungen, denen zufolge der marokkanische Außenminister Ahmed Belafriidj sich am Monatsende Januar 1963 nach Tunis begeben habe, um in dem Streit zwischen Tunesien und Algerien zu vermitteln, bemerkte die algerische Zeitung *ash-Shaab* (24. 1. 1963): Die Bemühungen Belafriidjs seien ein ausschließlich marokkanisches Unternehmen. Algeriens Regierung trage keinerlei Verantwortung für die Verschlechterung der algerisch-tunesischen Beziehungen. Die gleiche Tageszeitung bringt die Meldung, rund 120 Familien seien aus Tunis nach Algerien geflüchtet, weil sie die Tyrannei Bourguibas nicht mehr ertragen hätten.

In der in Kuwait erscheinenden Monatschrift *al-Arabi* (Januar 1963) veröffentlicht der Publizist Salim Zabbal ein Interview mit dem «Bruder», das heißt mit dem Präsidenten Ahmed Ben Bella. Ben Bella teilte darin mit, das nationale Einkommen Algeriens habe sich zu 80% in den Händen der Franzosen befunden. Es gäbe in Algerien 2 Millionen Arbeitslose. Die Millionen algerischer Bauern, die wesentlichen Träger der algerischen Revolution, müßten künftighin ein besseres Leben führen. Doch Bauweise und Wirtschaftsmethoden der Dörfer seien rückständig. Die Revolutionsregierung habe verschiedene Pläne studiert, «um jeden Tropfen Wasser für die Agrarwirtschaft nutzbar zu machen, der bis jetzt nutzlos ins Meer floß». Zu den Aufgaben einer planvollen Bewässerungswirtschaft fügen sich schwierige Sanierungsprobleme, weil die Regenfälle Bodenauswaschungen verursachen und pro Jahr

rund 32 Geviertkilometer fruchtbaren Boden ins Meer mitreißen. Ben Bella erklärte: «Wir werden sofort einen Plan durchführen, um diese Bodenerosionen zu verhindern. Die Franzosen wollten dieses Programm im Lauf von zwanzig Jahren abschließen. Wir aber haben den Plan studiert und werden ihn innerhalb von zwei Jahren beenden.» Der Präsident betonte die Wichtigkeit einer fortschrittlichen Landwirtschaft. Doch genüge das allein nicht; die Regierung müsse sich mit der Öffnung des Industriesektors befassen, vor allem solcher schwerindustrieller Branchen, die sich auf die landeseigenen Möglichkeiten stützen.

Salim Zabbal fragte schließlich den «Bruder Ben Bella»: «Und der Kommunismus... Glauben Sie, daß er für das Land gefährlich werden könnte?» Darauf erwiderte Ben Bella: «Wir haben die KP Algeriens, die zur Zeit des Imperialismus bestand, als Element unserer Revolution abgelehnt sowie wir ihre Tätigkeit nach Erlangung der Unabhängigkeit verboten haben. Wir haben vor der kommunistischen Gefahr gar keine Angst, denn unsere Revolution bekämpfte den Imperialismus im Zeichen des Arabertums und des Islams. Das algerische Volk weiß dies ganz gut. Unsere Einstellung zum Kommunismus war vom ersten Augenblick an klar, und sie ist es heute noch.»

Hinsichtlich der agrarpolitischen Pläne Ben Bellas veröffentlichte das Organ der FLN, *al-Mudjahid*, am 24. 1. 1963 die Meldung, die für ein Mustergut vorgesehenen Spezialisten aus der Bundesrepublik Deutschland seien in Algerien eingetroffen. Die gleiche Nummer berichtet in verkürzter Form über den Vortrag, den der jugoslawische Gewerkschaftsführer, Politbüromitglied der KP Jugoslawiens, Svetozar Vukmanovic-Tempo, über den «Versuch der Agrarreform Jugoslawiens und die Rolle der landwirtschaftlich Werktätigen in der Agrarpolitik des Staates» gehalten hat. Die Redaktion des Blattes erklärte in einem Vorwort zu der Wiedergabe des Vortrages, das Referat Vukmanovics behandle einen Versuch, der dem algerischen Versuch verwandt und ähnlich sei, weil Jugoslawien unter Verhältnissen lebe, die denen Algeriens in vielem

gleichem und weil Jugoslawien einen eigenen, charakteristischen Weg suche wie auch das neue Algerien. Die Einleitung schließt: «Außerdem ziehen wir Nutzen aus allen Versuchen, doch nicht durch Übernahme des gesamten Experiments; wir vermeiden vielmehr die Fehler eines Versuchs und nützen die positiven Seiten der Ergebnisse.» Ebenso betonte der Vortragende zur Einführung, daß bei allen Parallelen zwischen Jugoslawien und Algerien jedes Land seinen eigenen Weg der Aufwärtsentwicklung und eigenständige Methoden entwickeln müsse. Vukmanovic schilderte die erste, zweite, dritte Agrarreform Jugoslawiens und kritisierte Zwischenresultate bis zum Reformgesetz 1953. Das Genossenschaftssystem galt zwar vorerst bloß für 10% des bestellbaren Bodens. «Die Ergebnisse dieses Systems waren blendend, seine Erträge waren nämlich dreimal so hoch wie die Leistungsergebnisse der Einzelbauern.»

Moskau-Peking in einem arabischen Urteil

Der Herausgeber der libanesischen Zeitung *al-Hurriya* (Freiheit), Muhsen Ibrahim, analysiert am 14. 1. 1963 die Spannung zwischen dem Kreml und Peking und meint, das neue Stadium der Krise dränge die Kommentatoren beinahe dazu, die Widersprüche innerhalb des weltkommunistischen Lagers mit den Gegensätzen zwischen Kommunismus und Kapitalismus in Parallele zu setzen. Ungeachtet der zunehmenden Schwierigkeiten scheine die Führung der kommunistischen Internationale nicht geneigt, ihr Grundkonzept systematisch und kritisch zu überprüfen.

Nach Auffassung des Verfassers sind die wichtigsten Faktoren und Komponenten dieser Krise folgende:

1. Die geistige und materielle Interessenlage jeder kommunistischen Partei und Regierung formen jeweils Besonderheiten ihrer ideologischen Überzeugung;
2. Die jeweilige geschichtlich-politische und sozialwirtschaftliche Entwicklungsphase, in der sich ein Staat und seine Gesellschaft befinden, stellt die kommunistischen

Parteien vor immer differenziertere Entscheidungen.

3. Kulturelle Eigenart und politische Überlieferung jeder Gesellschaft färben auf parteikommunistische Haltung und Stellungen ab.

4. Das eingeborene Gefühl jeder Gesellschaft zur Unabhängigkeit und die daraus wachsende Neigung, eigene Wege zu gehen, bestimmen wesentlich die Zuspitzung der Krise.

Der Verfasser nimmt an, die von ihm

angeführten politischen und geistigen Bildungskräfte würden den internationalen Kommunismus in jeweils unterschiedliche nationale Lebenssphären aufgliedern, die den internationalen Kommunismus als Idee und Gesellschaftsform aufheben. Solange der internationale Kommunismus nationalpolitisches Eigensein und nationale Eigenart als Grundbedingung menschlichen Gemeinschaftslebens ablehne, werde er immer mehr Anhänger verlieren.

Boulaid Doudou

WIRTSCHAFT UND RECHT

Hinweise auf Aufsätze im letzten Jahrgang (1962)

Drei höchst zeitgemäße Diskussionsanliegen stehen im Mittelpunkt der Beiträge im soeben abgeschlossenen 14. Jahrgang (1962) der hier besprochenen Zeitschrift: es sind dies Fragen der europäischen Integration, Probleme und Auswüchse unserer schweizerischen Konjunkturlage und endlich die Rolle der Verbände in Staat und Gesellschaft¹.

Nydegger leitet die Aussprache über die europäische Integration mit einer Betrachtung über *Die Einstellung der drei EFTA-Neutralen gegenüber der EWG* (Heft 1/1962) ein. Die beiden Hauptgründe für die abgestufte Integrationswilligkeit der drei Neutralen sieht er in ihrer unterschiedlichen Neutralitätsauffassung und dem abweichenden Maß ihrer wirtschaftlichen Verflechtung mit dem Gemeinsamen Markt. Daraus ergab sich in Österreich seit Beginn eine ausgeprägtere Bereitschaft, sich mit den EWG-Ländern zu verbinden, als in Schweden oder der Schweiz, war doch in Österreich die Befürchtung weit verbreitet, daß es auf die Dauer ohne eine Art der Integration mit dem Europa der Sechs wirtschaftlich nicht lebensfähig bleiben könne. Dieser Befürchtung

wird in Schweden viel weniger Bedeutung beigemessen; vollends weicht sie von der offiziellen schweizerischen Auffassung ab, die eine isolierte wirtschaftliche Stellung zwar als unangenehm, nicht aber als untragbar erachtet. Nicht zuletzt weil hierzulande der wirtschaftliche Druck in Richtung auf eine Integration mit dem EWG-Raum weniger stark empfunden wird, fallen die staats- und gesellschaftspolitischen Bedenken gegenüber einer Verbindung mit dem Gemeinsamen Markt um so stärker ins Gewicht. Eine solche Verbindung bestände ja nicht einfach in der Übernahme einer bereits in allen Einzelheiten feststehenden und überschaubaren Ordnung; sie wäre im Gegenteil wegen des bloßen Rahmencharakters der bisherigen EWG-Vorschriften, der einer fortgesetzten Rechtsschöpfung ruft, mit künftigen Rechtsetzungsakten belastet.

Selbst eine rein auf das Wirtschaftliche begrenzte Assoziation zöge daher eine gewisse Verlagerung von Rechtsetzungsbefugnissen auf die Organe der EWG mit sich. Darauf weist *Baumgartner* in seinem Beitrag *Integration und Verfassung* (Heft 4/1962) hin. In dieser Übertragung von Rechtsetzungskompetenzen auf eine internationale Behörde

sieht Baumgartner, ebenso wie im Gegensatz zwischen unserem föderalistischen Staatsaufbau und der wesensmäßig zentralistisch ausgerichteten EWG, ein kaum überwindbares Hindernis für eine Verbindung mit dem Gemeinsamen Markt.

Zwei auch für Außenstehende folgen-schweren Beschlüssen der EWG wenden sich die beiden nachstehenden Aufsätze zu: H. P. Keller behandelt *Die agrarpolitischen Beschlüsse der EWG* (Heft 2/1962), mit denen die Sechs den entscheidenden Abschnitt der Integration der Agrarwirtschaften in Angriff genommen haben, während *Homburger/Jenny* die Behandlung *Vertraglicher Ein- und Ausfuhrverbote im EWG-Kartellrecht* (Heft 2/1962) kommentieren, wie sie sich aus den im Frühjahr 1962 zu dieser Frage erlassenen Durchführungsvorschriften ergibt.

Das zweite zentrale Diskussionsanliegen in «Wirtschaft und Recht» (1962) bilden Fragen der Konjunkturpolitik und Konjunkturtherapie. Eine systematische Grundlage zu diesem Gespräch vermittelt V. Frank in seinem Beitrag *Möglichkeiten und Grenzen einer Erweiterung des konjunkturpolitischen Instrumentariums der Schweiz* (Heft 2/1962). Sein umfassender Überblick erstreckt sich ebenso auf die monetären und fiskalischen Maßnahmen der Konjunkturlenkung wie auf Investitions- und Arbeitsmarktkontrollen und die verschiedenartigen Formen der Konsumbeeinflussung (zum Beispiel Variation der Anzahlungen und Kreditfristen im Abzahlungsgeschäft, «moral persuasion» usw.). Konjunkturpolitische Maßnahmen sind ihrem Wesen nach kurzfristiger Natur. Außerdem kennzeichnen sie sich häufig dadurch, daß sie der geltenden rechtlichen Ordnung, vor allem der Wirtschaftsfreiheit, entgegenstehen oder allgemein anerkannten wirtschaftspolitischen Zielsetzungen, wie derjenigen eines höchstmöglichen Wirtschaftswachstums, widersprechen. Schließlich ist nicht zu verkennen, daß der Einsatz konjunkturlenkender Maßnahmen stets einen Ermessensentscheid darstellt, wobei es letztlich gilt, die erreichbaren Vorteile gegen die damit verknüpften Nachteile (Eingriffe in eine allgemein anerkannte freiheitliche

Ordnung, Bremsung des wirtschaftlichen Wachstums und ähnliches) abzuwägen. Daß die Schwierigkeiten einer aktiven Konjunkturpolitik bei uns besonders groß sind, hat seine Gründe teils in den mangelnden rechtlichen Voraussetzungen für manche der von der modernen Konjunkturtheorie erarbeiteten Instrumente, teils im föderalistischen Staatsaufbau, der eine einheitliche konjunkturgerechte Fiskalpolitik von Bund, Kantonen und Gemeinden im höchsten Maße erschwert, und endlich auch im Fehlen unerläßlicher technischer Hilfsmittel, wie etwa einer Produktions- und Auftragsstatistik.

In welchem Maße die Meinungen über den Einsatz konjunkturlenkender Eingriffe stets kontrovers bleiben, wird am Aufsatz *Kneschaureks über Konjunkturpolitik in Zeiten rascher Wirtschaftsexpansion* (Heft 1/1962) deutlich. Nicht Nachfrageeindämmung, zumal durch Einsatz monetärer Bremsen, sondern Angebotsausweitung durch Zuzug weiterer Arbeitskräfte, eine selektive Einfuhr-, Kredit- und Investitionspolitik, die jenen Wirtschaftszweigen zugute kommen soll, denen die höchste volkswirtschaftliche Produktivität zuerkannt wird, sind nach ihm vordringlich. Im Lichte der aktuellen schweizerischen Konjunkturlage, die sich bereits durch einen Ausländeranteil an den Arbeitskräften von 30% und durch die Tatsache kennzeichnet, daß die inländische Sparbildung zur Finanzierung der vorgenommenen Investitionen nicht mehr ausreicht, nehmen sich diese Thesen eigenartig aus. Denn wie anders als durch Nachfragedämpfung soll angesichts der herrschenden Überbeanspruchung unserer volkswirtschaftlichen Leistungskräfte verhindert werden, daß alles Wachstum zur bloßen Aufblähung nomineller Geldwerte ohne realen Wertzuwachs wird?

Im Gegensatz zu Kneschaurek kommt denn auch W. Wittmann in seinem Aufsatz über *Wachstums- und Konjunkturaspekte des Fremdarbeiterproblems* (Heft 4/1962) zum Schluß, die mit zusätzlichen Fremdarbeitern erzielbaren kurzfristigen Vorteile würden durch die für unsere Volkswirtschaft auf lange Sicht zu erwartenden Nachteile nicht aufgewogen. Er rät daher, das Augenmerk

vorderhand mehr auf Maßnahmen zur Förderung der Produktivität und des technischen Fortschritts sowie einer vermehrten Kapitalbildung als auf eine weitere Angebotserhöhung zu richten. Mit einer allfälligen Beschränkung der Zahl der ausländischen Arbeitskräfte durch Plafonierung setzt sich *Rudin* (Heft 2/1962) auseinander. Er hält indessen dieses Mittel für wenig tauglich zur Konjunkturdämpfung und möchte es höchstens als ultima ratio im Falle einer anders nicht mehr zu bremsenden Überfremdung angewandt wissen.

In den gleichen Zusammenhang der Überkonjunktur gehört die beunruhigende und in ihren sozialen und wirtschaftlichen Folgen noch lange nicht voll abzusehende Erscheinung der Bodenpreissteigerung. Schritte dagegen werden zur Genüge propagiert: Höchstpreisvorschriften, Sperrfristen für den Wiederverkauf, Kommunalisierung usw. Alle diese Maßnahmen bieten aber keine echte Lösung, sondern verschärfen nur das ohnehin schon bestehende Ungleichgewicht von Angebot und Nachfrage oder verdecken, wie Höchstpreisvorschriften, die derzeitige offene durch eine zurückgestaute Inflation der Bodenpreise. Eine klare Darlegung der bodenwirtschaftlichen Zusammenhänge, verbunden mit einer katalogartigen Aufzählung geeigneter und ungeeigneter Maßnahmen zur Bekämpfung der Bodenpreissteigerung findet sich in den *Thesen zum Bodenpreisproblem* (Heft 4/1962), die eine private Studienkommission auf Grund eines Referates von *H. Sieber* aufgestellt hat. Darin zeigt sich ebenfalls, wie die eigentliche Bodenspekulation lediglich eine Randerscheinung in einem viel umfassenderen wirtschaftlichen und sozialen Problem darstellt, das eng mit der heutigen inflatorischen Gesamtentwicklung zusammenhängt.

Dem dritten Hauptgegenstand, der Aussprache über die ordnungspolitische Aufgabe der Verbände in Staat und Gesellschaft, ist ein Sonderheft (Heft 3/1962) gewidmet. Darin umreißt *W. Büchi* auf Grund der neuesten Fachliteratur die Bedeutung und Funktion der Verbände, zeichnet *H. Ryffel* vor allem die Gefahren, die der Ordnung im Staat von

den Verbänden her drohen (durch Usurpation politischer Aufgaben und die mögliche Infiltration des Staatsapparates durch Vertreter organisierter Interessen), und kommentiert *L. Schürmann* in abgerundeter Form Art. 32 der Bundesverfassung, dessen Absatz 3 das Anhörungs- und Mitwirkungsrecht der Verbände im Rechtsetzungsverfahren und ihre Mitwirkung beim Vollzug vorsieht. *M. Imboden* setzt sich mit der Einwirkung der Verbände auf die Rechtsprechung auseinander, während *H.-G. Giger* die Verständigung zwischen wirtschaftlichen Organisationen und politischen Parteien als rechtsschöpfendes Element würdigt.

Stichwortartig sei schließlich noch auf einige weitere Beiträge verwiesen, so auf *R. Probsts* Ausführungen zu einem schweizerischen Gesetz über die Anlagefonds (Heft 1/1962) und *Brühlmeiers* kritische Bemerkungen im gleichen Zusammenhang (Heft 4/1962). Beachtung verdienen auch die Erörterungen *Eichenbergers* über die Rolle der parlamentarischen Gruppe im eidgenössischen Parlamentsbetrieb (Heft 4/1962). Im übrigen enthält auch dieser letzte Jahrgang wiederum die fortlaufende *Arbeitsrechtliche Chronik* von *Schweingruber* und *Bigler* (Heft 4/1962).

Dieser knappe Querschnitt dürfte ausreichen, um die Spannweite der Probleme zu verdeutlichen, die «Wirtschaft und Recht» als Diskussionsforum für aktuelle Fragen der Wirtschaftspolitik und des Wirtschaftsrechts umfaßt. Abschließend erwähnen wir noch, daß zu Beginn des letzten Jahres Professor Küng, der seit Bestehen der Zeitschrift ihre volkswirtschaftlichen Belange betreut hat, aus der Schriftleitung ausgeschieden ist. Seine Stelle nimmt nun einer seiner Schüler, der junge St.-Galler Privatdozent Dr. A. Nydegger, ein.

Herbert Schönenberger

¹Wirtschaft und Recht, Zeitschrift für Wirtschaftspolitik und Wirtschaftsrecht mit Einschluß des Sozial- und Arbeitsrechts, hg. von PD. Dr. L. Schürmann und PD. Dr. A. Nydegger, Verlag Orell Füßli, Zürich.